

D-2 Schwarz-rotes Haushaltschaos gefährdet Zukunft Berlins

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsantrag

1 Schwarz-Rot kürzt die Stadt zusammen - das richtet sich direkt gegen die Menschen
2 dieser
3 Stadt. So macht die Rückschrittskoalition die von uns mühsam erarbeiteten
4 Weichenstellungen
5 für die Stadt der Zukunft kaputt. Die Koalitionsspitzen haben über ein Jahr und
6 ohne den
7 Sachverstand der Fachverwaltungen in Hinterzimmern getagt, um einen Kahlschlag in der
Sozial-, Klima- und Kulturpolitik sondergleichen zu beschließen und das, ohne die
direkt
betroffenen Projekte und Einrichtungen zu konsultieren. Diese Kürzungen sind
verheerend,
alle Berliner*innen werden das persönlich zu spüren bekommen.

8 In ihrer Rückschrittskoalition wickeln CDU und SPD alle Fortschritte der letzten
9 Jahre ab
10 und verschieben die wichtigste Herausforderung unserer Zeit, den klimaneutralen
11 Umbau
12 unserer Stadt auf den St. Nimmerleinstag . Schwarz-Rot lässt auch die sozialen
13 Träger dieser
Stadt im Stich, greift den Ärmsten der Armen direkt in die Tasche, rasiert den
Klimaschutz
und würgt die Verkehrswende ab. Von den radikalen Streichungen im Kulturbereich,
die vor
allem die vielen Kreativschaffenden ausbaden müssen, ganz zu schweigen.

14 Auf die vollmundigen Ankündigungen, die mit dem völlig überzeichneten
15 Doppelhaushalt, dem
16 Versprechen eines milliardenschweren Sondervermögens für Klimaschutz und
17 peinlichen
18 Sharepics mit Geldsäcken einhergingen, folgten Monate der Streichungs- und
19 Rotstiftdebatten,
20 die noch immer anhalten: Noch bis Ende November dürfen keine Zuwendungsbescheide
21 ausgestellt

22 oder Klassenfahrten gebucht werden, was Planungen für das kommende Jahr
23 verhindert. Bei
vielen Bauprojekten sind Planungen bis auf weiteres gestoppt oder unterbrochen
worden,
deswegen werden Bauruinen wie der halbabgerissene Jahnsportpark das Stadtbild auf
Jahrzehnte
prägen. Die Stadt ein Jahr lang in Unsicherheit zu halten und dann kurz vor
Weihnachten die
Menschen über die Presse in die Arbeitslosigkeit zu schicken, ist einfach nur
verantwortungslos und beschämend. Das hat Berlin nicht verdient!

24 Die Herausforderungen der Haushaltslage Berlins waren bereits lange bekannt:
25 Deshalb einigte
26 sich Rot-Grün-Rot zu Beginn dieser Legislaturperiode auf eine verantwortungsvolle
27 Haushaltspolitik mit einem gesunden Aufwachsen der Ausgaben. Doch statt diesen
28 gedämpften
29 Aufwuchs fortzusetzen, entschied sich Kai Wegner mit seiner Regierung dafür,
30 einen völlig
überzeichneten Haushalt mit ungedeckten Schecks aufzustellen, alle Rücklagen auf
einmal
auszugeben und die Ausgaben innerhalb nur eines Jahres um über 3,4 Milliarden
Euro zu
erhöhen. Nun folgt auf den schwarz-roten Rausch der Versprechungsparty der große
Kater.

31 Mit den vorgelegten Kürzungsentscheidungen gefährdet der Senat insbesondere die
32 soziale,
33 ökologische und kulturelle Infrastruktur Berlins.

35 **Canceln der Landeszentrale für politische Bildung**

36
37 Die Landeszentrale für politische Bildung ist mit Einsparungen in Höhe von
38 850.000€, ca. 1/3
39 des Gesamtbudgets, massiv betroffen. Dies gefährdet viele von ihr geförderte
40 Projekte, die
41 für die politische und demokratische Bildung sowie den Zusammenhalt der Stadt von
42 enormer
Bedeutung sind. Damit will die CDU die Landeszentrale Schritt für Schritt
handlungsunfähig
machen. Für uns ist klar: Die Landeszentrale ist ein wichtiger Baustein in der
politischen
Bildung unserer Stadt und trägt in erheblichem Maße zur politischen
Willensbildung unserer
Stadtgesellschaft bei.

43 **Schwarz-rot bremst Nahverkehr aus: Notbetrieb bei der U-Bahn wird zur Regel,**

44 **Tramstrecken gestoppt**

45 Mit den angekündigten Kürzungen bei der BVG, der Revision des BVG-
46 Nahverkehrsvertrags und
47 dem Verzicht auf den Kauf zusätzlicher U-Bahnwagen verhindert der Senat endgültig
48 die
49 Verkehrswende in Berlin. Statt das U-Bahn-Netz zu stabilisieren und Takte zu
50 verdichten,
51 erklärt der Senat den Notfahrplan kurzum zur Regel für die kommenden Jahre bis
52 2029. Das
53 werden die Berliner*innen spätestens am Bahnsteig durch ausgedünnte Takte und
54 ausfallende
55 Züge zu spüren bekommen.

56

Gleichzeitig versäumt Schwarz-Rot Investitionen in gute Nahverkehrsnetze der Zukunft. Der Stopp der langen geplanten Verlängerung der Tram vom Alexanderplatz zum Kulturforum ist ebenso falsch wie der Verzicht auf die Tramlinie von Johannisthal in die Gropiusstadt, die eine signifikante Verbesserung der Querverbindungen im Schienengebundenen Nahverkehrsnetz im Südosten Berlins bedeutet hätte.

57 Gleichzeitig verfolgt die Koalition weiter kostspielige, aus der Zeit gefallene
58 Straßenbau-
59 und Sanierungsprojekte wie die Sanierung des Schlangenbader Tunnels oder den Bau
60 der
61 Tangentialverbindung Ost, statt in Klimaschutz und Verkehrswende zu investieren.
62 Alleine
63 diese beiden Projekte kosten Berlin (nach aktuellem Stand) fast eine halbe
64 Milliarde Euro.

65

66 Der Verzicht auf die Beschaffung neuer U-Bahnwagen ist dabei auch
industriepolitische
kurzsichtig. Denn Berlin könnte doppelt gewinnen, schaut nun aber mehrfach in die Röhre:
Beim Ausbau des ÖPNV sowie bei den Beschäftigten am Band der
Schienenfahrzeughersteller, bei
deren Zulieferbetrieben oder in dem mit unserer Wissenschaftslandschaft gut
vernetzten
Entwicklungsabteilungen.

67 **Rückschritt beim Klimaschutz**

68 Der Senat kürzt sogar doppelt bei Klimaschutz und Umwelt: Nachdem zugunsten des
69 großspurig
70 angekündigten Klimasondervermögens bereits 2023 die Mittel für Klima- und Umwelt
71 sowie die
72 Verkehrswende zusammengestrichen wurden, werden hier nun weitere 20 Prozent
73 gekürzt – ohne,
74 dass das Klimasondervermögen oder alternative Finanzierungsformen bisher gekommen
75 wären. Es
76 bleibt zu hoffen, dass alternative Finanzierungsmodelle schnell in die Tat
77 umgesetzt werden
78 und keine reinen Luftschlösser bleiben. Das zeigt deutlich: Diese Koalition
79 bringt nicht
80 mehr, sondern deutlich weniger für den Klimaschutz! Ein finanzpolitisches
Eigentor ist die
Kürzung der Finanzen um eine zweistellige Millionenhöhe im Programm „BENE“ für
nachhaltige
Entwicklung (BENE), womit Berlin die Kofinanzierung der Europäischen Union in
Höhe von 40%
verliert. Damit verzichtet der Senat auf Klimaschutz und energetische Sanierung
an
öffentlichen Gebäude, auf Maßnahmen zu der für unsere Gesundheit so wichtigen
Klimaanpassung, auf Natur- und Biodiversitätsschutz, Luftreinhaltung und
Lärmbekämpfung an
verkehrsreichen Straßen.

81 **Senat versenkt Berliner Kultur**

82 Die vorgelegten Kürzungen treffen insbesondere die vielseitige Kulturszene
83 Berlins hart.
84 Viele Künstler*innen, kulturelle Projekte und Einrichtungen, die jahrelang
85 zentrale Arbeit
86 für die Stadt geleistet haben, sind in ihrer Existenz bedroht und werden nun mit
87 einem
88 Vorlauf von wenigen Wochen abgewickelt. Arbeitsräume gehen verloren, etablierte
89 Theaterhäuser werden in den Ruin getrieben und dem Kreativnachwuchs werden die
90 Perspektiven
91 geraubt. Der aktuelle Senat hat nicht begriffen, welche substanziellen
92 Auswirkungen die
93 massiven Kürzungen auf den Bestand der kulturellen Infrastruktur haben, wenn
94 bestehende
95 Verpflichtungen weiter bedient werden müssen und die Einsparungen sich in
Mehrkosten
verwandeln, ohne dass dafür Kultur ermöglicht wird.
Insbesondere in Anbetracht dieser Kürzungen ist es umso wichtiger, dass Projekte
der
Errinerungskultur wie die Friedensstatue in Berlin-Mitte - die von Kai Wegner

immer wieder
angegriffen wird - erhalten bleiben. Dieses Vorgehen zeigt, dass Joe Chialo in
seinem Amt
überfordert ist und Kai Wegner und seine Regierung weder dies Stadt noch die
Berliner
Kulturszene verstanden haben!

96 Schwarz-Rot gefährdet gute Arbeit in der sozialen Infrastruktur, kürzt bei der
97 Jugendarbeit
und legt die Axt an die Regenbogenhauptstadt.

98 Raed Saleh und die SPD rühmen sich immer wieder, das soziale Gewissen der Stadt
99 zu sein. Sie
100 behaupten, dass es keine Kürzungen im Sozialen gebe. Doch das ist glatt gelogen.
101 Soziale
102 Projekte sind ebenso von den Kürzungen betroffen. Hinzu kommt, dass die
103 notwendige Vorsorge
für die Tariferhöhungen 2024 und 2025 komplett gestrichen wird. In der Folge
werden die
Mitarbeitenden entweder keine Lohnerhöhungen bekommen oder aber die Angebote der
Träger
müssen spürbar eingeschränkt werden. Eine Kürzung, die alle Projekte treffen
wird.

104 Besonders hart hat es auch die Jugendarbeit getroffen, die nach dem Jugendgipfel
105 anlässlich
106 der Silvesterausschreitungen 2023 einen Schwerpunkt der Senatsarbeit bilden
107 sollte. Über 10
108 Millionen Euro werden hier für das Jahr 2025 gekürzt. Dabei leisten Verbände der
109 Jugendarbeit auch wichtige Arbeit für politische Bildung von Kindern und
110 Jugendlichen – aber
111 das ist der Rückschrittskoalition offensichtlich egal.

112
113 Besonders dramatisch ist die Situation bei der queeren Jugendarbeit – alle vier
114 queeren
115 Jugendzentren Berlins stehen vor dem Aus. Dieser Kahlschlag bei der queeren
Jugendarbeit
reicht sich ein in massive Einsparungen bei der Landesantidiskriminierungsstelle
und bei
Fortbildungen für Lehrer*innen zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt. Der
Senat
gefährdet mit diesen Kürzungen den Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung
drastisch und
legt die Axt an die Regenbogenhauptstadt Berlin.

116 All diese Kürzungen werden alle Berliner*innen direkt spüren, sei es, wenn der
117 Jugendtreff
118 schließt, die Schwangerschaftskonfliktberatung keine Termine mehr hat, die
Schuldner*innenberatung ausfällt oder Drogentherapieeinrichtungen schließen.

119 **Mobilitätspolitik ohne Rücksicht auf die Soziale Frage**

120 Das Sozialticket soll künftig 19 statt 9 Euro pro Monat kosten, der Preis wird
121 damit mehr
122 als verdoppelt. Das belastet über 200.000 Abonnent*innen, die ohnehin über
123 geringe Einkommen
verfügen. Das ist nicht nur zutiefst unsozial, sondern auch ein fatales Signal
für eine
Mobilitätspolitik, die allen Menschen in der Stadt Zugang zu Mobilität
ermöglichen sollte.

124 Gleichzeitig verharren die Parkgebühren bei unter einem Euro pro Monat. Auch das
125 ist
126 unsozial, denn wer sich ein Auto nicht leisten kann, dem nützen niedrige
127 Parkgebühren
128 nichts! Von höheren Einnahmen wäre ein Sozialticket finanzierbar, das
129 einkommensschwachen
130 Menschen Mobilität ermöglicht. Diese Maßnahme wäre mobilitäts- und
131 sozialpolitisch
132 deutlicher sinnvoller gewesen, war aber mit der CDU nicht zu machen.
133

134 **Kahlschlag bei Wissenschaft, Hochschulen und Innovation**

135
136 Die planlosen Kürzungen des Senats gefährden auch eine der größten Stärken
137 Berlins: die
138 weltweit renommierte Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Massive Einschnitte
139 beim
140 Studierendenwerk bauen neue Zugangshürden für Studierende auf, wenn Mensapreise
141 steigen und
142 Wohnheim-Plätze endgültig ins Unerreichbare rücken. Nachdem Senatorin Czyborra
bereits bei
der Absicherung guter Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft den Rückwärtsgang
eingelegt
hat, bedrohen die Kürzungen nun zahlreiche Stellen von der Grundlagen- bis zur
Anwendungsforschung. Und sollte der Senat tatsächlich die Hochschulverträge
infrage stellen,
hätte das unabsehbare Folgen von der Lehrkräfteausbildung bis zur
Spitzenforschung – während
angesichts vieler maroder Hochschulbauten eigentlich eine Sanierungsoffensive
überfällig
wäre. Darüber hinaus legt der Senat mit der gekürzten Forschungs-, Innovations-

und

Investitionsförderung auch die Axt an unsere ökonomische Zukunft.

143 Dies zeigt exemplarisch, wie diese Koalition mit ihren Kürzungsentscheidungen
144 Politik gegen
die Menschen in der Stadt macht und dabei so tut, als sei sie sozial.

145 Zu den Kürzungen in dieser Form hätte es gar nicht kommen müssen, wäre der
146 Haushalt nicht
147 durch die Koalition vollkommen überzogen worden und hätten CDU und SPD unsere
148 Vorschläge für
149 naheliegende (und notwendige) zusätzliche Einnahmen angenommen. Angefangen bei
150 der Anpassung
151 der Grunderwerbsteuer auf den Hebesatz von Brandenburg (6,5 %) oder der
152 Parkgebühren
153 (aktuell 10,20 Euro/Jahr), über die Verpackungssteuer bis zu alternativen
154 Finanzierungsformen über zusätzliche Kreditaufnahmen. Auch die von Kai Wegner
155 angekündigte
156 Bundesratsinitiative zur Reform der Schuldenbremse lässt weiter auf sich warten.

Damit nicht genug: Die Koalition baut trotz der Kürzungen weitere Luftschlösser.
Denn auch
mit Schaufensterprojekten wie der aussichtslosen Olympiabewerbung Berlins 2036
oder den
weiteren Planungen für die Bebauung des Tempelhofer Felds untermauert Schwarz-
Rot, dass sie
keine Ahnung haben, was diese Stadt braucht.